

## **Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise**

Die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise sind national wie global umfassend und vielfältig. Platzen Spekulationsblasen und faule Kredite rissen international nicht nur die Banken in eine tiefe Krise sondern zogen die so genannte Realwirtschaft mit in den Abgrund. Überschuldungen, platzen Kredite und Kreditverknappungen führten und führen zu Nachfrageeinbrüchen, Überkapazitäten, Insolvenzen, Kurzarbeit und steigender Arbeitslosigkeit. In Deutschland mit einer stark am Export orientierten Wirtschaft ist die sinkende Nachfrage in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe dramatisch. Sie reicht von der Logistikbranche über die Chemie- und Automobilindustrie bis zum Maschinen- und Schiffsbau.

Der Nachfragerückgang bei Rohstoffen und der damit einhergehende Preisverfall treffen besonders stark exportabhängige Entwicklungsländer. Diese Länder sind anders als die Industrieländer kaum in der Lage, durch weitere Staatsverschuldung der Krise zu begegnen. So zeigt die Krise auch im Rahmen des Welthandels ähnlich wie beim Weltklima, dass die Länder, die am wenigsten für die Entstehung der Krise verantwortlich sind, am stärksten von ihr betroffen sind.

Neben der immensen Kapitalvernichtung als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise (z.B. Insolvenzen, Preis- und Wertverfall) erhöhte sich die Staatsverschuldung für "Bankenrettungen" und "Konjunkturpakete" drastisch. So wurden in Deutschland neben der bereits vorhandene staatliche Gesamtverschuldung von rund 1,5 Billionen € weitere Staatskredite für einen Sonderfond zu Bankenrettung (SoFFin) in Höhe von 480 Mrd.€ außerhalb des normalen Haushalts aufgenommen. Dazu kommen weitere 50 Mrd. für so genannte Konjunkturpakete.

Die sozialen Folgen einer Haushaltssanierung entsprechend der herrschenden Wirtschaftsdoktrin sind absehbar. Diese Doktrin sieht einen Schuldenabbau vor, ohne das Kapital zusätzlich zu belasten. Es sollte im Gegenteil nach dieser Doktrin entlastet werden. Damit wird mit der Hoffnung verbunden, dass das so geschonte Kapital neu investiert wird. So werden voraussichtlich die öffentlichen Haushalte über Einsparungen staatlicher Leistungen (Infrastruktur, Kultur, Bildung), den Verkauf öffentlichen Eigentums (z.B. Bahn), Beitragserhöhungen im Bereich der Sozial-, Kranken- und Rentenversicherungen sowie durch die Erhöhung der Konsumsteuern saniert. Ob das bei einer steigenden Arbeitslosigkeit mit sinkenden Steuereinnahmen möglich ist, ist allerdings fraglich.

## **Zur Suche nach Auswegen aus der Krise**

Aus der vorangegangenen Analyse der globalen Krise lassen sich die folgenden zentralen Thesen ableiten:

- Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist kein einmaliges Phänomen, sondern sie ergibt sich aus der Verwertungslogik des Kapitals in einem fortgeschrittenem Entwicklungsstadium (s.o. Verwertungsprobleme in der Realwirtschaft, überschüssiges Finanzkapital)

- Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist verknüpft mit der Klimakrise und der Welthungerkrise, unter der inzwischen über eine Milliarde Menschen leiden. Alle diese Krisen werden von einer Weltwirtschaft befeuert, deren Gesetz die Profitmaximierung ist.
- Die staatlichen Kriseninterventionen laufen absehbar darauf hinaus, durch hohe Staatsverschuldungen Banken und Firmen zu retten, um nach diesen vorübergehenden staatlichen Eingriffen zu "freien Märkten und Wettbewerb" zurückzukehren . Die Kosten der Krise werden auf die Mehrheit der Bevölkerung abgewälzt, die für die Entstehung dieser Krise nicht verantwortlich ist.

**Welche Alternativen gibt es zu diesem sozial und ökologisch zerstörerischen Prozess? Was könnten politische und ökonomische Voraussetzungen für ein gutes Leben für alle sein?**

In einem Brainstorming wurden mit einer Kartenabfrage die folgenden Stichworte für eine alternative Orientierung genannt:

- Vergesellschaftung der großen Industrien (Auto, Stahl, Banken)
- Parlamentarische Kontrolle der Bankgeschäfte, dort, wo Rettungsgelder hingeflossen sind
- Gründung eines Gremiums, in dem alle gesellschaftlich relevanten Formierungen gehört werden und Visionen entwickeln können.
- Reichensteuer zur Grundsicherung : Grundgehalt für Alle
- Verbindliche lebenslange und berufsbegleitende Weitequalifizierung (bezahlt) und Steuererhöhung für Vermögen – Reiche
- Beschränkung der Aktivitäten der Banken
- Verstaatlichung der Banken bei Erhaltung der Genossenschaftsbanken. Nur die staatliche Bank soll das Recht der Wertschöpfung erhalten.
- 2% auf Finanzgeschäfte, Abgabe auf weltweite Finanztransaktionen ( Tobin-Abgabe)
- Bildungssteuer ( Aufkommen durch gezielte Erhöhung der Unternehmenssteuer und der Steuer auf hohe Einkommen : 52 % Spitzensteuersatz )
- Abschaffung der Yellow Press, der Bildzeitung, VHS Pflicht
- mehr Volksabstimmungen
- weniger Privatisierungen
- 50% des Haushalts für Bildung

Nach einer kurzen Diskussion der verschiedenen Zielvorstellungen stellte Werner Rätz die folgenden Überlegungen als einen alternativen Ansatz vor.

Ein Anfang für ein alternatives Gesellschaftssystem könnte darin bestehen, zunehmend gesellschaftliche Bereiche der Verwertungslogik des Kapitals zu entziehen und sie am Gemeinwohl auszurichten. „ Eingriffe in den ökonomischen Ablauf müssen auch an der Stelle ansetzen, wo die Krise ihre Ursache hat, sie müssen antisystemischen Charakter haben, auch wenn klar ist, dass sie den Kapitalismus heute nicht abschaffen werden. Zentraler Punkt für eine solche Intervention ist die Garantie des Sozialen. So wie Merkel sagt, wir garantieren die Sparguthaben, so müssen wir sagen, wir wollen eine Garantie der gesamten gesellschaftlichen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsvorsorge. **Und wir wollen sie sie aus dem bestehenden und immer wieder neu geschaffenen Reichtum, ehe er in die Hände von Anlegern auf die Finanzmärkte wandert.**“ (Werner Rätz)

In diesem Zusammenhang schlägt Werner Rätz neben der Gewährleistung einer am Gemeinwohl orientierten öffentlichen Infrastruktur, die neben Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, den Bildungs- und Gesundheitssektor einschließt, **eine umfassende Bürgerversicherung** vor. Eine solche Versicherung sollte die Kranken- und Rentenversicherung beinhalten und darüber hinaus ein bedingungsloses Grundeinkommen gewährleisten. Versichert sind nach diesem System alle Versicherten der gesetzlichen und privaten Kranken- und Rentenversicherungen sowie geringfügig und nicht Beschäftigte. Die Krankenversicherung umfasst alle medizinisch sinnvollen und notwendigen Leistungen ohne Zuzahlung. Die Renten betragen 70% des Einkommens vor Eintritt in das Rentenalter. Bezugsgrundlage für eine solche einheitliche Bürgerversicherung sind **alle** Einkommen aus Arbeit und Vermögen aus Geldanlagen, Aktien und Immobilienbesitz. Beitragsbemessungsgrenzen gibt es in diesem Versicherungssystem nicht. Der Finanzfond soll paritätisch von den Versicherten und von Arbeitgebern finanziert werden. Die Leitung, Kontrolle und Verwaltung einer solchen Bürgerversicherung ist nach diesem Modell demokratisch gewählten Organen der Versicherten zu übertragen. Eine solche Konstruktion würde ein materiell gesichertes, würdiges Leben mit optimalen Bildungsmöglichkeiten und einem Gesundheitswesen ermöglichen, das sich an dem Bedarf der Versicherten ausrichtet. Wie aus den vorangegangenen Betrachtungen deutlich wurde, ist der gesellschaftliche Reichtum dafür vorhanden. Er müsste allerdings umgeleitet und umverteilt werden. Wie bei allen sozialen Errungenschaften in der Geschichte des Kapitalismus ist eine derartig umfangreiche Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten breiter Schichten der Bevölkerung ohne soziale und politische Auseinandersetzungen nicht möglich.

Nach der Diskussion der alternativen Vorstellungen wurde zum Schluss in der Arbeitsgruppe der Konsens hergestellt, die von Werner Rätz vorgeschlagene Bürgerversicherung in das anschließende Plenum einzubringen.